

Wädenswil im Jahr 2010



An der Parteiversammlung vor den Sommerferien ermunterte der SP-Vorstand seine Mitglieder dazu, sich zum Wunschwädenswil im Jahr 2010 zu äussern. Rund 20 SP-Mitglieder nahmen teil und diskutierten rege über Ideen und Vorschläge wie die Lebensqualität in Wädenswil erhöht werden könnte.

Der Vorstand will die Planung der Legislatur 2006-2010 bereits jetzt anpacken. Mit der Parteiversammlung im Juni hat er den ersten Schritt getan. Er hat die Mitglieder der SP Wädenswil aufgefordert, die Vorstellungen ihres persönlichen Wunschwädenswils einzubringen. Die Ausgangsfrage «Wie sieht mein Wunschwädenswil im Jahr 2010 aus?» hat einige interessante Aspekte zu Tage gefördert.

Neue Wege suchen

Hinter dieser Ideensammlung steht der Gedanke, dass sämtliche Initiativen und Vorhaben der SP Wädenswil in ein Gesamtbild passen. Diese sollten nicht durch den Vorstand im stillen Kämmerlein ausgebrütet und vorgegeben, sondern demokratisch durch die Parteiversammlung erarbeitet werden. Im Wissen um die offene Diskussionskultur innerhalb der Wädenswiler SP beschloss der Vorstand, einen Workshop durchzuführen. Dabei sollten auch die verrücktesten Vorschläge eingebracht und diskutiert werden können, was zu einer mit Ideen tapezierten Wand des Volkshaus-Saals führte.

Die vielen erarbeiteten Vorschläge und deren hohe Qualität vereinfachten die Diskussion, in der gemeinsame «Lieblingsideen» erkoren wurden. Dabei wurden neben den eher sozialen Themen wie Schule, Integration, Leben im Alter und Kultur auch handfeste Beiträge zur Stadtentwicklung, Verkehr, Wirtschaftsförderung, Politik und Verwaltung behandelt.

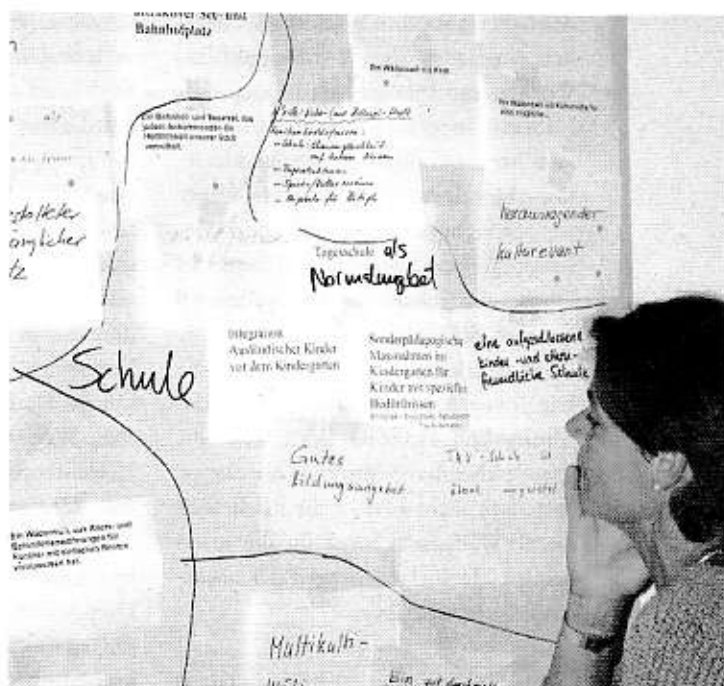
Wunschwädenswil erahnen

Der SP-Parteibasis liegt eine Stadtentwicklung ohne Gettoisierung am Herzen, wie verschiedene Voten aufzeigten. Die Einführung von Tagesschulen und die Förderung von Tempo 30 auf Quartierstrassen sind ebenfalls Themen, welche die Versammlungsteilnehmenden weiter vorangetrieben sehen wollen. Die geführten Diskussionen werden aber nicht nur die nächste Legislaturperiode beeinflussen. Anhand von heutigen Themen müssen die Forderungen der Parteibasis bei aktuellen Geschäften konkret umgesetzt werden. Dazu zwei Beispiele:

- Trägt die geplante Asylunterkunft am Wädenswiler Waldrand zur Gettobildung in Wädenswil bei? Wie verhält sich die SP dazu?
- Ist der Vorschlag des Stadtrates für die Neugestaltung des Seeplatzes eine Gelegenheit, den Ankommen die Herzlichkeit von Wädenswil zu zeigen?

Viele Vorschläge zielen aber tatsächlich auf eine längerfristige Umsetzung ab. Können Sie sich vorstellen, wie es sich in Wädenswil lebte, wenn uns im Jahr 2012 der Wakker-Preis (Auszeichnung für qualitätvolle Siedlungsentwicklung) verliehen würde? Oder – für einige Mitbürgerinnen und Mitbürger zum heutigen Zeitpunkt aufgrund des Alters (noch) kein Thema – wie gedenken Sie, Ihren Lebensabend zu verbringen, im Vierbett-Zimmer mit periodischen, sanierungsbedingten Verlegungen an andere Orte im Bezirk oder in bezahlbaren Alterssiedlungen und begleiteten Wohngruppen? Die Beant-

Fortsetzung Seite 2



Breite Themenpalette an Ideen zu Wädenswil im Jahr 2010.
 Foto Martina Ulmann

wortung dieser Fragen ist nicht nur für Mitglieder der SP spannend und reizvoll, sondern kann allen neue Perspektiven eröffnen.

Vorhandene Pfade nutzen

Auch wenn diese gemeinsame Vision in einer etwas unüblichen Art erarbeitet wurde, so erfolgt die Schaffung unseres Wunschwädenswils dennoch wie gewohnt in der täglichen politischen Arbeit der Behörden und Verwaltungen und zwar gemeinsam mit der ganzen Wädenswiler Bevölkerung. Die SP wird sich weiterhin im Gemeinderat, in den Kommissionen und in der Schulpflege für die Vorstellungen und Ideen ihrer Mitglieder und Sympathisanten engagieren. Auch im Rahmen des Zielfindungsprozesses mit der Stadtverwaltung sollen die erarbeiteten Ideen einfließen; das Konzept des «New Public Managements» ermöglicht beispielsweise, die Verwaltung gezielt zu steuern, indem man über rein finanzielle Aspekte hinaus auch inhaltliche Ziele formulieren kann. Das klare Bild über «Wunschwädenswil 2010» ermöglicht der SP, eine echte Erhöhung der Lebensqualität im Sinn der Wädenswiler Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Motiviert weiter gehen

Die SP Wädenswil ist am Anfang einer interessanten Reise, zu der alle Wädenswilerinnen und Wädenswiler herzlich eingeladen sind. In den nächsten Wochen und Monaten sind noch viele Informationen zu sammeln, Gespräche zu führen und offene Fragen zu klären. Die künftigen Parteiversammlungen werden nicht nur für die laufenden Geschäfte genutzt, sondern auch dazu, den Dunst um unser Wunschwädenswil zunehmend aufzulösen und weitere Wege zu erkunden.

Die grosse Arbeit, die noch vor Parteileitung und Fraktion liegt, trübt die Freude über den gelungenen Meinungsaustausch nicht – vielmehr macht sich die SP Wädenswil bereit für die anstehenden Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode.

Christoph Hirzel
Vorstand SP Wädenswil

Gemeinde-Abstimmung vom 26. September 2004

Stadthaus «Light» – die pragmatische Lösung



Der Stadtrat schiebt seit fast 40 Jahren eine gehörige Altlast vor sich her, die Sanierung des Stadthauses. In den 60er Jahren ging man davon aus, dass ein Abbruch des Freihofs und dann ein Neubau die richtige Lösung sei und die Planer begannen in diese Richtung zu wirken. Darauf hin erklärte die kantonale Baudirektion den Freihof, der aus dem Jahr 1811 stammt und ursprünglich ein Fabrikationsgebäude war, 1977 zum überkommunalen Schutzobjekt. 1981 erteilte der Stadtrat Studienaufträge an zehn Architekten, um eine Lösung für den Um- und Erweiterungsbau zu finden. Doch dann wurde aus finanziellen Gründen wieder von der Realisierung abgesehen. Die Jahre verstrichen...

Wädenswil ist reich an solchen Geschichten. Denken wir nur mal an den Gemeindesaal und das Engel-Debakel. Oder an das Garderobehäuschen des Fussballclubs in der Beichlen, das nunmehr schon das Potential für ein Fasnachtssujet hat. Der Ablauf ist immer ähnlich: Es gibt eine Idee, die Zeit läuft und es kommen Einwände dazu. Entschieden wird nicht, sondern gezauert, und am Schluss bleibt ein Scherbenhaufen. Ausser Spesen nichts gewesen. Dieses Projektmuster will die SP nicht.

Die SP hat sich vor drei Jahren für einen Neubau des Stadthauses im Zentrum eingesetzt. Wir wollten einen städtebaulichen Akzent setzen und ein Zeichen des Aufbruchs geben. Der Vorschlag stiess indessen auf taube Ohren. Der Stadtrat war weder bereit, seine Weisung mit Annexbau in Frage zu stellen, noch spürte er Veranlassung, ein Alternativprojekt auszuarbeiten. Und die bürgerlichen Parteien zeigten kaum Interesse an der Diskussion.

Dies war die Ausgangslage der Beratungen im Gemeinderat. In der Spezialkommission, die zur Beratung der Weisung eingesetzt wurde, zeigte sich bald, dass niemand so ganz glücklich

war mit der Vorlage des Stadtrats. Die Spezialkommission forderte den Stadtrat deshalb auf, die Renovation des Stadthauses ohne Annexbau als neue Variante auszuarbeiten, was etwa neun Monate dauerte. Schliesslich stellten sich die SP und eine Kommissionsmehrheit hinter diese neue Variante «Light», die im Gemeinderat mit 22 zu 10 Stimmen obsiegte.



Eingang mit Treppenhaus im Stadthaus.
Foto S. Landolt

Leider war die Mehrheit des Gemeinderats so erschrocken über diesen klaren Entscheid, dass sie ihn sofort relativierte. Eine knappe Mehrheit bestimmte, dass das Volk zwischen den beiden Varianten entscheiden solle. Das letzte Wort in dieser Sache werden also die Bürgerinnen und Bürger am 26. September 2004 an der Urne haben.

Im Zusammenhang mit der Abwicklung dieses Geschäfts drängt sich die Frage auf, inwiefern ein Projekt von dieser Grösse künftig ohne öffentliche Anhörung im Vorfeld überhaupt realisiert werden kann. Zuerst hätte der Stadtrat einen breiten Konsens schaffen müssen, um erst dann eine Lösung entscheidungsreif auszuarbeiten. Der Gemeinderat könnte dann klarer entscheiden.

Willy Rüegg, Präsident Spezialkommission Stadthaus, SP Gemeinderat

Weil unsere Kinder es wert sind



Mit der eidgenössischen Abstimmung über den Erwerbssersatz bei Mutterschaft und mit der kantonalen Abstimmung über die Volksinitiative „Ja zu höheren Kinderzulagen für alle“ steht das kommende Abstimmungswochenende unter dem Zeichen der Familienförderung.

Die Förderung von Familien ist eine dringende Aufgabe. Die Familienarmut nimmt in unserem reichen Land bedenkliche Ausmasse an: Kinder gross zu ziehen, ist zu für viele Eltern zu einem Armutsrisiko geworden! Die prekären finanziellen Verhältnisse haben entsprechend negative Folgen für die Entwicklung der Kinder und führen zu rückläufigen Geburtenzahlen. Die eidgenössische Abstimmung über den Erwerbssersatz bei Mutterschaft und die kantonale Abstimmung über die Volks-

initiative „Ja zu höheren Kinderzulagen für alle“ geben hier Gegensteuer.

Ja zum Erwerbssersatz bei Mutterschaft

Die Vorlage will, dass berufstätige Frauen nach der Geburt während den ersten 14 Wochen gemäss Erwerbssersatzordnung (EO) des Bundes Anspruch auf Lohnfortzahlung (80 Prozent) haben. Die Mutter soll sich in dieser wichtigen ersten Zeit befreit von den Sorgen um die Existenzsicherung voll und ganz ihrem Kind widmen können. Eine sinnvolle und gerechte Lösung – nicht nur für Mutter und Kind. Arbeitgeber, die bisher freiwillige Leistungen erbrachten, werden durch die EO entlastet. Berufstätige Frauen, die schon bisher über Lohnprozente in die EO-Kasse eingezahlt haben, können diese Einrichtung jetzt gleichberechtigt nutzen und weil Militär, Zivildienst und Zivilschutz Leistende den Müttern gleichgestellt werden, wird ihr Entschädigungssatz von 65 auf 80 Prozent angehoben.

Höhere Kinderzulagen für alle

Bei den Kinderzulagen besteht im Kanton Zürich Handlungsbedarf, denn wir bewegen uns im schweizerischen Vergleich immer noch im hinteren Mittelfeld. Angesichts der besonders hohen Lebenshaltungskosten im Kanton Zürich ist das ungenügend. Die Initiative fordert deshalb Kinderzulagen in der Höhe eines Viertels der monatlichen AHV-Mindestrente, das sind 270 Franken pro Kind. Damit wird dem zürcherischen Preis-Niveau angemessen Rechnung getragen. Die Anhebung der Kinderzulagen ist aber mehr als Armutsbekämpfung. Steigende Mieten für Familienwohnungen und zunehmende Auslagen für die Krankenkassenprämien sind nur zwei Faktoren, die auch mittelständische Familien zunehmend belasten. Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Geburtenrate auf 1,4 Kinder pro Schweizer Familie gesunken ist. Ein Ja zu höheren Kinderzulagen ist daher auch ein deutliches Ja zu Familien mit Kindern.

Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin

Nicht am Volk vorbeisparen!

SP, Grüne und EVP haben das Referendum gegen die für das Kürzungsprogramm beschlossenen Gesetzesänderungen ergriffen. Deshalb kann das Volk am 26. September wenigstens über die kantonalen Sparbeschlüsse im Umfang von 230 Millionen Franken abstimmen. Das sind zehn Prozent der Kürzungen von rund zwei Milliarden, der Rest liegt in der Kompetenz der Regierung. Doch ein wuchtiges Nein zu diesen zehn Prozent ist ein starkes und grundsätzliches Signal gegen die unausgewogene Sparpolitik überhaupt. Am deutlichen Nein werden weder der Regierungsrat noch die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat ohne massive Kurskorrektur vorbei kommen. Und eine Abkehr von der unsinnigen Abbaupolitik ist bitter nötig, denn das Sparprogramm zeigt schon heute üble Folgen: Die Erhöhung der Klassengrößen, Kürzungen bei Handarbeit- und Hauswirtschaft, Gefährdung der psych-

iatrischen Versorgung, Verschlechterung der Pflegequalität für die Grundversicherten, massive Reduktion des Natur- und Heimatschutzfonds und die Abschaffung von weit über 1000 kantonalen Arbeitsplätzen sind bereits eingeleitet. Weitere Sparvorschläge werden vorbereitet. Neben der schwachen konjunkturellen Lage sind vor allem die Steuerfussenkungen der letzten Jahre für den Spardruck verantwortlich. Sie kosten den Kanton jährlich 800 Millionen Franken. Davon profitieren in grossem Stil die hohen Einkommen. Für den Mittelstand, die Familien und die sozial Schwächeren fallen höchstens Brosamen ab. Diese werden ihnen jedoch gleich wieder abgenommen in Form von höheren Gebühren und schlechteren Dienstleistungen des Staates. Am 16. Mai hat das Volk eine solche Politik auf eidgenössischer Ebene wuchtig verworfen. Dennoch will der Kanton im gleichen

Stil weiterfahren und am Volk vorbeisparen. So geht das nicht! Darum: Nein zum „Sanierungsprogramm 04“!
www.sanierungsprogramm-nein.ch

Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin,
Mitglied der Finanzkommission



Fair und einheitlich zum roten Pass



Am 26. September kann das Volk über zwei Einbürgerungsvorlagen abstimmen. Einerseits soll sich die zweite Generation von AusländerInnen erleichtert einbürgern lassen können, andererseits soll die dritte Generation automatisch bei Geburt das Schweizer Bürgerrecht erhalten.

In der Schweiz verläuft das Einbürgerungs-Prozedere für AusländerInnen kompliziert und von Kanton zu Kanton verschieden. Allein die geforderten Wohnsitzfristen in den Gemeinden variieren zwischen zwei und zwanzig Jahren. Zudem wird das Gesuch für den roten Pass dreimal geprüft, nämlich in Gemeinde, Kanton und Bund. Dies ist ineffizient und teuer. Für einbürgere-

ungswillige junge AusländerInnen soll dies nun ändern. Sie sollen sich nicht mehr einem langwierigen und teuren Verfahren stellen müssen, da sie in der Schweiz aufgewachsen sind, am wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen und mehr Bindungen zur Schweiz als zu ihrem Ursprungsland haben. Weil sie sozusagen SchweizerInnen ohne Pass sind, sollen sie in Zukunft vereinfacht zu ihren Schweizer Rechten und Pflichten kommen.

JA zur Reform der Bürgerrechte

Das Gesetz über die erleichterte Einbürgerung für die zweite Generation sieht vor, dass sich alle AusländerInnen zwischen 14 und 24 Jahren (Secondos) einbürgern lassen können, sofern sie fünf Jahre ihrer obligatorischen Schulzeit in der Schweiz absolviert haben und eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzen. Sie müssen

zwei Jahre in der Einbürgerungsgemeinde gewohnt haben, integriert sein, eine Landessprache sprechen und die Rechtsordnung beachten.

Das Gesetz über den Bürgerrechtserwerb regelt die Einbürgerung der dritten Ausländer-Generation (Terceros). Kinder von Eltern der zweiten Generation sollen automatisch bei Geburt in der Schweiz das Schweizer Bürgerrecht erhalten. Eltern dürfen jedoch darauf verzichten.

14 Kantone (auch Zürich) praktizieren die erleichterte Einbürgerung der zweiten Generation bereits erfolgreich. Nun ist die Chance da, diese gesamtschweizerisch einzuführen. Ein JA zu diesen beiden Verfassungsänderungen heisst JA zu einer Schweiz, in der junge Ausländerinnen und Ausländer wichtig sind und aktiv mitgestalten sollen.

Hanna Landolt, SP-Gemeinderätin
Präsidentin der Bürgerrechtskommission

Wädenswilerin Co-Präsidentin der SP-Frauen Schweiz

(ha) Am 5. Juni wurde Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin, zur Co-Präsidentin der SP-Frauen Schweiz gewählt. Sie führt die SP-Frauen zusammen mit der bisherigen Co-Präsidentin, Nationalrätin Maria Roth Bernasconi. Der neue Vorstand greift sogleich eine Idee von Parteipräsident Hansjürg Fehr auf und entwirft einen Masterplan zur neuen Gleichstellungspolitik. Julia Gerber

Rüegg: «Nicht die Frauen müssen gestärkt werden, sondern die Gleichstellungsbewegung. Nur wenn Mistresses und Masters sich gemeinsam bewegen, wird das Postulat der Gleichstellung die nötige Kraft entwickeln, um eine politisch spürbare und nachhaltige Wirkung zu erzielen». Mehr dazu unter: www.sp-frauen.ch

Liebe Leserin, lieber Leser!

Als Abonnentin oder Abonnent erhalten Sie das so! mit der Post. Das so! wird zudem von rund 20 Personen 3-4 mal jährlich in 7500 Haushalte in Au und Wädenswil verteilt. Selbstverständlich tun dies alle Personen unentgeltlich – darüber sind wir sehr froh. Merci!

Der Druck und das Papier kosten jedoch Geld – und darauf ist die SP dringend angewiesen. Wir legen deshalb einen Einzahlungsschein bei und danken herzlich für jede Abonnementszahlung (Abo Fr. 12.–, Unterstützungsabo Fr. 25.–) und/oder Spende.

Die Redaktion

Leserinnenbrief

Gesehen

2004 geht in die Gartenbaugeschichte Wädensvilles ein. Noch nie waren die Anlagen der Gemeinde so schön gepflegt und herausgeputzt. Sogar der Park beim Bauamt ist frei von Unkraut. Ganz besonders schön sind die natürlich angelegten Kiesbeete rund ums Central: Ein Bijou über das sich viele freuen. Danke.
Verena Schönholzer



Abstimmungsempfehlung für den 26. September 2004:

Eidgenössisch:

- Erleichterte Einbürgerung Ja
- Bürgerrecht für dritte Generation Ja
- Postdienste für alle Ja
- Änderung Erwerbsersatzgesetz (Mutterschaft) Ja

Kantonal:

- Volksinitiative Kinderzulagen für alle Ja
- Sanierungsprogramm 2004 Nein

Gemeinde:

- Stadthaus light Ja
- Stadthaus mit Annexbau Ja
- Stichfrage: Stadthaus light